Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8220**
14. Wahlperiode 11. 02. 2002

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke

A. Problem und Ziel

Ziel ist der Bau einer Grenzbrücke zum Zwecke des Zusammenschlusses der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 zur besseren Verbindung der Straßen und Schließung der Lücke im transeuropäischen Fernstraßennetz zwischen Skandinavien und Südeuropa. Die deutsche Autobahn A 17 und die tschechische Autobahn D 8 sind zudem integraler Bestandteil des paneuropäischen Korridors Nr. 4 Dresden/Nürnberg – Prag – Budapest – Sofia – Istanbul.

B. Lösung

Der am 12. September 2000 unterzeichnete Vertrag trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrages geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Brückenbauwerks wird nach dem Kostenstand 2000 auf ca. 14 Millionen DM geschätzt. Diese Kosten werden vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplanes getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Tschechischen Republik getragen werden, trägt sie das Land Sachsen im Rahmen der Auftragsverwaltung.

E. Sonstige Kosten

Im Übrigen entstehen Kosten durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind daher nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 8. Februar 2002

Herrn
Wolfgang Thierse
Präsident des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Der Bundesrat hat in seiner 772. Sitzung am 1. Februar 2002 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 12. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 12. September 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Der Baustellenbereich der Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstigen Leistungen handelt, die für den Bau und die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke bestimmt sind, für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Vertrages genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Durch das Gesetz werden die Regelungen des am 12. September 2000 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke in nationales Recht umgesetzt. Die zu errichtende Grenzbrücke wird die bestehende Lücke im transeuropäischen Fernstraßennetz zwischen Skandinavien und Südeuropa schließen.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen des Grundgesetzes für die Begründung der völkerrechtlichen Vertragsbindung im Hinblick auf den Staatsvertrag geschaffen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Absatz 1 sieht die ausschließliche Anwendung des tschechischen Mehrwertsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich und nach ihrer Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik vor. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Tschechische Republik nach Artikel 2 des Vertrages die Planung und Bauausführung übernimmt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung und später die Erhaltung erleichtert.

Absatz 2 sieht vor, dass insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird, soweit die Waren zum Bau oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Damit sollen praktische Schwierigkeiten für Unternehmer und Verwaltung vermieden werden. Es handelt sich lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen einer örtlich beschränkten Einzelmaßnahme, nicht um eine materielle Vergünstigung. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den bauausführenden Unternehmern in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfasst.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkungen

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Brückenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 2000 auf ca. 14 Millionen DM geschätzt. Er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplanes getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Tschechischen Republik getragen werden, trägt sie das Land Sachsen im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2, Artikel 104a Abs. 5 des Grundgesetzes).

Durch den Vertrag verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Vereinfachung der Besteuerung der mit dem Bau der Grenzbrücke zusammenhängenden Umsätze in gewissem Umfang auf die Erhebung von Umsatzsteuer

(= Verzicht auf Umsatzsteuermehreinnahmen). Dem stehen jedoch Mehreinnahmen aus einem vergleichbaren Vertrag mit der Tschechischen Republik gegenüber, in dem das Umsatzsteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen wurde (Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 6 und der tschechischen Autobahn D 5 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke vom 13. Juli 1995). Die Höhe der Mehr- oder Mindereinnahmen lässt sich nicht schätzen; es ist jedoch zu erwarten, dass sich diese Mehr- und Mindereinnahmen weitgehend ausgleichen.

Im Übrigen entstehen Kosten durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Vertrags

(1) Die Autobahn A 17 auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Autobahn D 8 auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik werden an der gemeinsamen Staatsgrenze zusammengeschlossen.

(2) Zu diesem Zweck wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik eine grenzüberschreitende Autobahnbrücke (Grenzbrücke) errichtet.

(3) Die Vertragsstaaten stellen die Grenzbrücke nach Möglichkeit im Jahr 2005 fertig.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Voruntersuchungen und Geländeaufnahmen führen die Vertragsstaaten jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet und auf ihre Kosten durch.

(2) Die zuständigen Behörden der Tschechischen Republik übernehmen

a) Planung,

b) Ausschreibung,

c) Auftragsvergabe,

d) Prüfung der Ausführungsunterlagen,

e) Bauüberwachung,

f) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen und

g) Entwurf der Kostenteilung nach Maßgabe dieses Vertrags

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland.

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o propojení německé dálnice A 17 a ceské dálnice D 8 na společných státních hranicích výstavbou hraničního mostu

Spolková republika Německo

a

Česká republika

vedeny přáním, usnadnit silniční provoz mezi oběma státy a tranzitní dopravu přes svá výsostná území,

se dohodly takto:

Článek 1

Předmět smlouvy

(1) Dálnice A 17 na výsostném území Spolkové republiky Německo a dálnice D 8 na výsostném území České republiky budou propojeny na společných státních hranicích.

(2) K tomuto účelu se na výsostném území Spolkové republiky Německo a na výsostném území České republiky vybuduje hraniční dálniční most (dále jen „hraniční most“).

(3) Smluvní státy dokončí podle možností hraniční most v roce 2005.

Článek 2

Příprava a provedení stavby

(1) Průzkumné práce a geodetické zaměření provedou smluvní státy každý na svém výsostném území a na své náklady.

(2) Příslušné orgány České republiky převezmou

a) přípravu,

b) vypsání výběrového řízení,

c) zadání zakázky,

d) přezkoumání realizačních podkladů,

e) stavební dozor,

f) přezkoumání fakturace smluvních výkonů a

g) návrh rozdělení nákladů podle ustanovení této smlouvy

pro hraniční most vždy po dosažení shody s příslušnými orgány Spolkové republiky Německo.

(3) Die Grenzbrücke wird nach den in der Tschechischen Republik geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

(4) Eine eventuelle Änderung des Verlaufs der gemeinsamen Staatsgrenze aus Anlass des Baus der Grenzbrücke bedarf eines besonderen Vertrages zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 3

Baurecht und Grunderwerb

(1) Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, dass rechtzeitig die nach seinen Rechtsvorschriften zum Bau der Grenzbrücke erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse vorliegen und die Abnahmen durchgeführt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat sorgt auf seine Kosten dafür, dass auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(3) Die Vermessung und die Vermarkung der benötigten Grundstücke führt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet und auf seine Kosten durch.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluss der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von den zuständigen Behörden der Tschechischen Republik nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten Recht der Tschechischen Republik in Anwesenheit der Auftragnehmer abgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird bei der Abnahme durch die zuständigen Behörden vertreten sein. Die Tschechische Republik überwacht die Gewährleistungsfristen für die Grenzbrücke und macht Gewährleistungsansprüche auch namens der Bundesrepublik Deutschland geltend.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Zur Erhaltung gehören Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung.

(2) Mit der Abnahme der Grenzbrücke übernimmt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet die Unterhaltung der Grenzbrücke einschließlich der Verkehrssicherung und des Winterdienstes auf seine Kosten.

(3) Ab dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt übernimmt die Tschechische Republik die Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke. Die Grenze für diese Tätigkeiten ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Diese Maßnahmen erfolgen im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 gesonderte Vereinbarungen schließen.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau, die Instandsetzung und die Erneuerung der Grenzbrücke, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Die Kostenanteile bestimmen sich nach dem Verhältnis der Flächen der Grenzbrücke zwischen den Auflagerachsen und der Staatsgrenze. Bei der Aufteilung der Kosten ist die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen.

(3) Hraniční most bude připravován, realizován a převzat podle norem a stavebních předpisů, platných v České republice. Pro jednotlivé části stavby mohou smluvní státy dohodnout použití německých předpisů.

(4) Případná změna průběhu společných státních hranic z důvodu výstavby hraničního mostu vyžaduje zvláštní smlouvu mezi smluvními státy.

Článek 3

Stavební právo a výkup pozemků

(1) Každý smluvní stát zajistí, aby byla včas vydána povolení a schválení a provedeny přejímky podle jeho právních předpisů, potřebné ke stavbě hraničního mostu.

(2) Každý smluvní stát zajistí na vlastní náklady, aby na jeho výsostném území byly včas k dispozici pozemky trvalého a dočasného záboru, potřebné pro stavbu hraničního mostu.

(3) Zaměření a vytýčení potřebných pozemků provede každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady.

Článek 4

Přejímka

Po dokončení stavebních prací bude hraniční most převzat příslušnými orgány České republiky podle českého práva, používaného pro veřejné stavební zakázky za účasti zhotovitelů. Spolková republika Německo bude při přejímce zastoupena příslušnými orgány. Česká republika bude dohlížet na záruční lhůty hraničního mostu a bude uplatňovat záruční požadavky i jménem Spolkové republiky Německo.

Článek 5

Údržba

(1) Údržba se skládá z provozní údržby, stavební údržba a obnovy.

(2) Přejímkou hraničního mostu převezme každý smluvní stát na svém výsostném území a na své náklady provozní údržbu hraničního mostu včetně zajištění bezpečnosti provozu a zimní údržby.

(3) Od okamžiku, uvedeného v odstavci 2, převezme Česká republika stavební údržbu a obnovu hraničního mostu. Hranicí pro tuto činnost je konec hraničního mostu včetně krajní opěry na výsostném území Spolkové republiky Německo. Tyto činnosti budou prováděny ve vzájemné shodě se Spolkovou republikou Německo.

(4) Příslušné orgány smluvních států mohou o druhu, rozsahu a provádění údržbových prací podle odstavců 1 až 3 sjednat zvláštní ujednání.

Článek 6

Náklady

(1) Každý smluvní stát hradí náklady na stavbu, stavební údržbu a obnovu hraničního mostu tou měrou, jakou leží hraniční most na jeho výsostném území. Podíly na nákladech se určují podle poměru ploch hraničního mostu mezi osami ložisek a státními hranicemi. Při rozdělování těchto nákladů nebude zohledněna česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech. Tuto daň ponese jen Česká republika.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der nach Absatz 1 auf sie entfallenden Bau-, Instandsetzungs- und Erneuerungskosten ohne tschechische Mehrwertsteuer.

(3) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt an die Auftragnehmer geleistet werden. Ein Zeitplan für die Fälligkeit und die voraussichtliche Höhe der Abschlagszahlungen wird bei Auftragsvergabe erstellt.

(2) Die Tschechische Republik wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im Voraus den geschätzten Finanzbedarf für die Abschlagszahlungen mitteilen und sie dabei über den Stand der Auszahlungen durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Schlussabnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark bzw. Euro zu dem am Fälligkeitstermin gültigen Kurs der Tschechischen Nationalbank.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten dürfen die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und geprüften Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Die beim Bau der Grenzbrücke beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und Staatsangehörigen von Staaten, die in keinem der beiden Vertragsstaaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumpflicht unterliegen, dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne dass sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen, wenn sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt. Visumpflichtige Staatsangehörige anderer Staaten dürfen zur Wahrnehmung der Aufgabe nach diesem Vertrag die Staatsgrenze im Bereich der Baustelle überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, wenn ihnen ein Visum erteilt worden ist und sie ein gültiges und anerkanntes Dokument mit sich führen, welches zum Überschreiten der Staatsgrenze zwischen den Vertragsstaaten berechtigt.

(2) Die in Absatz 1 genannten Arbeitnehmer unterliegen den Rechtsvorschriften über die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an in der Tschechischen Republik beschäftigte ausländische Staatsangehörige, unabhängig davon, ob die Arbeiten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Tschechischen Republik ausgeführt werden.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingereist sind und die

a) die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder

b) sich dort rechtswidrig aufhalten,

jederzeit formlos zurückzunehmen.

(2) Spolková republika Německo uhradí České republice správní náklady ve výši deseti procent nákladů na stavbu, stavební údržbu a obnovu, připadající na ni podle odstavce 1, bez české daně z přidané hodnoty.

(3) Existující podklady, potřebné pro přípravu hraničního mostu, budou dány bezúplatně vzájemně k dispozici.

Článek 7

Platby

(1) Spolková republika Německo uhradí České republice svůj podíl na splátkách, které budou v souladu s postupem stavebních prací poskytovány zhotovitelům. Časový plán pro splatnost a předpokládanou výši splátek bude sestaven při zadávání zakázky.

(2) Česká republika sdělí Spolkové republice Německo dva měsíce předem odhadovanou finanční potřebu pro splátkování a současně ji bude informovat o stavu plateb formou přehledů, ve kterých budou uvedeny výše a termíny plateb.

(3) Spolková republika Německo uhradí zbytek svého podílu na nákladech po konečné přejímce a vyúčtování.

(4) Všechny platby se uskuteční v německých markách resp. v EURO v kurzu České národní banky, platném ke dni splatnosti.

(5) Při rozdílných názorech nemohou být zadržovány nesporné částky.

(6) Spolková republika Německo obdrží stejnopisy stavebních smluv, objednávek a přezkoušených podkladů pro vyúčtování.

Článek 8

Právo vstupu

(1) Na stavbě hraničního mostu se podílející státní příslušníci smluvních států a státní příslušníci států, kteří v žádnem z obou smluvních států a v žádném z členských států Evropské unie nepodléhají vízové povinnosti, smějí ke splnění úkolů podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště hranicního mostu a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsostném území druhého smluvního státu, aniž by k tomu potřebovaly povolení k pobytu, pokud u sebe mají platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy. Státní příslušníci jiných států, kteří podléhají vízové povinnosti, smějí ke splnění úkolu podle této smlouvy překračovat státní hranice v prostoru staveniště a zdržovat se v té části staveniště, která leží na výsostném území druhého smluvního státu, pokud jim bylo uděleno vízum a mají u sebe platný a uznávaný dokument, který opravňuje k překročení státních hranic mezi smluvními státy.

(2) Zaměstnanci, uvedení v odst. 1, podléhají právním předpisům o udělování pracovního povolení zahraničním státním příslusníkům, zaměstnaným v České republice, bez ohledu na to, zda práce budou prováděny na výsostném území Spolkové republiky Německo nebo České republiky.

(3) Smluvní státy se zavazují, převzít kdykoliv bez formalit zpět osoby, které na základě této smlouvy, vstoupily na výsostné území druhého smluvního státu, a které

a) porušily ustanovení této smlouvy nebo

b) se tam protiprávně zdržují.

Auf das Abkommen zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Staatsgrenze vom 3. November 1994 wird hingewiesen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Die Absätze 1 sowie 3 und 4 gelten entsprechend für Maßnahmen zur Erhaltung der Grenzbrücke. Absatz 2 gilt entsprechend für Maßnahmen zur Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke.

Artikel 9

Steuer- und Zollbestimmungen

(1) Der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst gelten, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Tschechischen Republik als Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen und sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke oder für ihre Instandsetzung und Erneuerung bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentliche Verwaltung.

(3) Die zum Bau der Grenzbrücke oder zur Erhaltung der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung auf der Grenzbrücke selbst aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthalten sind. Im Übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

Artikel 10

Sonstige Bauvorhaben

(1) Im Trinkwassereinzugsgebiet der deutschen Trinkwassertalsperre Gottleuba werden zur Entwässerung der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 auf dem Hoheitsgebeit der Bundesrepublik Deutschland und auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik die zum Trinkwasserschutz beim Bau und Betrieb der Straße erforderlichen Maßnahmen durchgeführt. Im Grenzbereich wird das Oberflächenwasser der Autobahn entsprechend dem natürlichen Gefälle abgeleitet.

(2) Jeder Vertragsstaat übernimmt für die auf seinem Hoheitsgebiet zu errichtenden Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen die Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Prüfung der Ausführungsunterlagen, Bauüberwachung, Grunderwerb und Abnahme; diese Maßnahmen werden jeweils einvernehmlich durchgeführt. Für den Bau und die Erhaltung der zur Grenzbrücke gehörigen Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen gelten die vorstehenden Regelungen für den Bau der Grenzbrücke (Artikel 1–9), soweit nicht in Absatz 3 für die Kosten etwas anderes bestimmt ist.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik auf Nachweis die Kosten für die auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik ausschließlich zum

Odkazuje se na Dohodu mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o zpětném přebírání osob na společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994.

(4) Jednotlivé otázky k udržení bezpečnosti a pořádku v prostoru staveniště hraničního mostu budou řešeny místně příslušnými hraničními orgány ve vzájemné shodě.

(5) Odstavce 1, 3 a 4 platí přiměřeně pro opatření k údržbě hraničního mostu. Odstavec 2 platí přiměřeně pro stavební údržbu a obnovu hraničního mostu.

Článek 9

Daňová a celní ustanovení

(1) Prostor staveniště hraničního mostu a po jeho dokončení hraniční most samotný, pokud se nacházejí na výsostném území Spolkové republiky Německo, se považují pro uplatnění právních předpisů České republiky o dani z přidané hodnoty a právních předpisů Spolkové republiky Německo o dani z obratu za výsostné území České republiky, pokud se jedná o dodávky předmětů a ostatních výkonů, určených pro stavbu hraničního mostu nebo pro jeho stavební údržbu a obnovu.

(2) Na zboží, které bude dováženo z výsostného území jednoho smluvního státu na výsostné území druhého smluvního státu, nebudou s výjimkou cel uplatňovány žádné dovozní poplatky, pokud toto zboží bude použito na výstavbu nebo údržbu hraničního mostu. Toto platí od zahájení stavby. Jistoty se nepožadují. První věta neplatí při dovozu pro veřejnou správu.

(3) Zboží, potřebné pro výstavbu nebo pro údržbu hraničního mostu, nepodléhá při dovozu a vývozu žádným zákazům a omezením.

(4) Příslušné daňové a celní orgány obou smluvních států se vzájemně vyrozumí a poskytnou si všechny potřebné informace a podporu při uplatňování svých vnitrostátních právních a správních předpisů v rámci ustanovení odst. 1 až 3 . Zástupci těchto orgánů jsou oprávněni zdržovat se na staveništi hraničního mostu a po jeho dokončení na hraničním mostě samotném a provádět tam opatření v rámci ustanovení odst. 1 až 3, která jsou obsažena v jejich vnitrostátních právních a správních předpisech. V ostatním zůstávají příslušná výsostná práva smluvních států nedotčena.

Článek 10

Ostatní stavební záměry

(1) V infiltrační oblasti pitné vody německé přehrady na pitnou vodu Gottleuba se k odvodnění německé dálnice A 17 na výsostném území Spolkové republiky Německo a české dálnice D 8 na výsostném území České republiky provedou opatření, nutná k ochraně pitné vody při výstavbě a provozu dálnice. V hraniční oblasti bude voda z povrchu dálnice odvedena přirozeným spádem.

(2) Každý smluvní stát převezme přípravu, vypsání výběrového řízení, zadání zakázky, přezkoumání realizačních podkladů, stavební dozor, výkup pozemků a přejímku odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody, která je nutno zřídit na jeho výsostném území; tato opatření budou provedena vždy ve vzáiemné shodě. Pro stavbu a údržbu odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody náležejících k hraničnímu mostu platí výše uvedená ustanovení pro stavbu hraničního mostu (články 1–9), pokud není v odstavci 3 pro náklady stanoveno něco jiného.

(3) Spolková republika Německo uhradí České republice prokázané náklady na opatření, která je nutno provést na výsostném území České republiky výhradně k ochraně německé

Schutz der deutschen Trinkwassertalsperre Gottleuba durchzuführenden Maßnahmen. Die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, bleibt unberücksichtigt. Diese Steuer wird allein von der Tschechischen Republik getragen. Verwaltungskosten werden in Höhe von zehn vom Hundert der Baukosten ohne tschechische Mehrwertsteuer berücksichtigt. Für die Kostenerstattung gilt Artikel 7 des Vertrags.

(4) Jeder Vertragsstaat stellt sicher, dass bei Inbetriebnahme eines Straßenabschnitts auf seinem Hoheitsgebiet die erforderlichen Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen funktionsfähig sind.

(5) Jeder Vertragsstaat übernimmt nach Fertigstellung der Entwässerungsanlagen und der Trinkwasserschutzanlagen auf seinem Hoheitsgebiet deren Erhaltung (Unterhaltung, Instandsetzung, Erneuerung); für die Erhaltung der Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen der Grenzbrücke gilt Absatz 2 Satz 2. Die Bundesrepublik Deutschland erstattet der Tschechischen Republik die Mehrkosten für die Instandsetzung und Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen auf ihrem Hoheitsgebiet; die Kosten für die Unterhaltung dieser Anlagen trägt jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet. Für die Zahlungen findet Artikel 7 Absatz 4 des Vertrags Anwendung.

(6) Die Abnahme der auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik befindlichen Entwässerungsanlagen und Trinkwasserschutzanlagen erfolgt in Gegenwart der zuständigen deutschen Wasserwirtschaftsbehörden. Ab dem auf die Abnahme folgenden Kalenderjahr wird diesen Behörden mindestens einmal jährlich der Zutritt und die Inaugenscheinnahme der vorgenannten Anlagen ermöglicht. Die deutschen Wasserwirtschaftsbehörden sind befugt, im Einvernehmen mit den tschechischen Wasserwirtschaftsbehörden auf dem Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik wasserwirtschaftliche Prüfungen durchzuführen, die dem Schutz der Trinkwassertalsperre Gottleuba dienen. Artikel 8 Absätze 1, 3 und 4 finden Anwendung.

Artikel 11

Datenschutz

Unter Beachtung des nationalen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig.

   Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

přehrady na pitnou vodu Gottleuba. Česká daň z přidané hodnoty, která je obsažena v nákladech, nebude zohledněna. Tuto daň ponese pouze Česká republika. Správní náklady budou zohledněny ve výši deseti procent stavebních nákladů bez české daně z přidané hodnoty. Pro úhradu nákladů platí článek 7 smlouvy.

(4) Každý smluvní stát zajistí, aby při uvedení silničního úseku na jeho výsostném území do provozu byla potřebná odvodňovací zařízení a zařízení k ochraně pitné vody funkční.

(5) Každý smluvní stát převezme po dokončení odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody na jeho výsostném území jejich údržbu (provozní údržbu, stavební údržbu, obnovu); pro údržbu odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody hraničního mostu platí odstavec 2 druhá věta. Spolková republika Německo uhradí České republice vícenáklady na stavební údržbu a obnovu odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody na jejím výsostném území, náklady na provozní údržbu ponese každý smluvní stát na svém výsostném území. Pro platby platí článek 7 odstavec 4 smlouvy.

(6) Přejímka odvodňovacích zařízení a zařízení k ochraně pitné vody na výsostném území České republiky bude provedena za přítomnosti příslušných německých vodohospodářských orgánů. Od kalendářního roku následujícího po roce přejímky bude těmto orgánům umožněn nejméně jednou ročně přístup a prohlídka výše uvedených zařízení. Německé vodohospodářské orgány jsou oprávněny k tomu, aby po dohodě s českými vodohospodářskými orgány prováděly na výsostném území České republiky vodohospodářské kontroly, které slouží ochraně přehrady na pitnou vodu Gottleuba. Platí článek 8 odstavce 1, 3, 4.

Článek 11

Ochrana údajů

Předávání a používání osobních údajů (dále jen „údajů“), se při respektování vnitrostátních právních předpisů každého smluvního státu provádí v rámci této smlouvy podle následujících ustanovení:

1. Přejímající orgán podá předávajícímu orgánu druhého smluvního státu na vyzvání informaci o použití předaných údajů a o tím dosažených výsledcích.
2. Použití údajů příjemcem je přípustné pouze pro účely, stanovené touto smlouvou a za podmínek, stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je přípustné použití k zamezení a stíhání závažných trestných činů a pro účely ochrany před závažným ohrožením veřejné bezpečnosti.
3. Předávající orgán je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost ve vztahu k účelu, který je sledován jejich předáním. Přitom je třeba dbát na zákazy předávání, dané příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Předání údajů se neuskuteční, pokud předávající orgán má důvod se domnívat, že tím dojde k porušení vnitrostátního zákona nebo že budou omezeny zájmy dotčené osoby, které zasluhují ochrany. Pokud se prokáže, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to neprodleně sdělit příjemci. Ten je povinen je opravit nebo zničit.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.

7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 12

Gemischte Kommission

(1) Die Vertragsstaaten bilden eine Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus jeweils drei ständigen Mitgliedern sowie aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten weiteren Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Kommission sowie die drei ständigen Mitglieder mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muss auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann die zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaats ersuchen, die Unterlagen vorzulegen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Die Gemischte Kommission fasst ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 13

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, diese Meinungsverschiedenheiten beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsstaaten herbeizuführen.

Artikel 14

Schlussbestimmung

Die Vertragsstaaten vollziehen diesen Vertrag durch ihre jeweils zuständigen Behörden.

Artikel 15

Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht.

4. Dotčenému se na jeho žádost podají informace o údajích o jeho osobě a o předpokládaném účelu jejich použití. Poskytnutí těchto informací může být odmítnuto, pokud zájem státu neposkytnout informace převažuje nad zájmy žadatele. V ostatním se řídí právo dotčeného na získání informací podle vnitrostátních právních předpisů toho smluvního státu, na jehož výsostném území se o informace žádá.

5. Předávající orgán upozomí při předání údajů na lhůty archivace těchto údajů, stanovené jeho vnitrostátními právními předpisy, po jejichž uplynutí musí být údaje zlikvidovány. Nezávisle na těchto lhůtách je třeba zlikvidovat předané údaje, jakmile nejsou dál potřebné k účelu, pro který byly předány.

6. Předávající a přejímající orgán zajistí vedení evidence o předání a převzetí údajů.

7. Předávající a přejímající orgán jsou povinny účinně chránit předávané údaje před nepovolaným přístupem, nepovolanými změnami a nepovolaným zveřejněním.

Článek 12

Smíšená komise

(1) Smluvní státy vytvoří smíšenou komisi pro stavbu hraničního mostu. Ta se skládá z obou vedoucích delegací, ze tří stálých členů každé strany a z dalších členů, vyslaných každým smluvním státem na zasedání. Smluvní státy si vzájemně sdělí vedoucího své delegace v komisi a tyto tři stálé členy. Vedoucí každé delegace může požádáním vedoucího druhé delegace svolat zasedání komise pod svým předsednictvím. Zasedání se musí na jeho přání uskutečnit nejpozději do jednoho měsíce po doručení této žádosti.

(2) Smíšená komise má za úkol objasňovat otázky spojené se stavbou hraničního mostu a odvodňovacích zařízení a předkládat smluvním státům doporučení.

(3) Každá delegace ve smíšené komisi může požádat příslušné orgány druhého smluvního státu o předložení podkladů, které považuje za potřebné k přípravě závěrů komise.

(4) Smíšená komise přijímá své závěry ve vzájemné shodě.

Článek 13

Rozdílné názory

Rozdílnost názorů týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních států. Příslušné orgány smluvních států mohou za tímto účelem požádat o stanovisko smíšenou komisi. Nepodaří-li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti názorů urovnat, budou je řešit pokud možno smluvní státy.

Článek 14

Závěrečné ustanovení

Smluvní státy budou provádět tuto smlouvu prostřednictvím svých příslušných orgánů.

Článek 15

Vstup v platnost

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listy budou vyměněny co nejdříve v Prag/Praze.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne druhého měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

Artikel 16

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Vertrags erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluss bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Änderung des Vertrags oder seine Aufhebung und Neuregelung verhandeln.

Článek 16

Doba platnosti a změny smlouvy

(1) Tato smlouva se sjednává na dobu neurčitou. Může být změněna, doplněna nebo zrušena jen ve vzájemné shodě mezi smluvními státy.

(2) Pokud dojde při provádění smlouvy ke značným obtížím nebo pokud se podstatně změní podmínky, existující při jejím uzavření, budou smluvní státy na požádání jednoho smluvního státu jednat o změně smlouvy nebo o jejím zrušení a nové úpravě.

Geschehen zu Berlin am 12. September 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno v Berlíně dne 12. září 2000 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce přicemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Broudré-Gröger
Reinhard Klimmt

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Schling

Denkschrift zu dem Vertrag

I. Allgemeines

Am 12. September 2000 ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluss der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke in Berlin unterzeichnet worden. Die aufgrund dieses Vertrages zu errichtende Grenzbrücke ermöglicht eine Autobahnverbindung von Dresden nach Prag und wird die bestehende Lücke im transeuropäischen Fernstraßennetz zwischen Skandinavien und Südeuropa schließen. Die deutsche Autobahn A 17 und die tschechische Autobahn D 8 sind Bestandteil des paneuropäischen Korridors Nr. 4 Dresden/Nürnberg – Prag – Budapest – Sofia – Istanbul und stellen einen Baustein zur geplanten Erweiterung der EU dar. Gleichzeitig soll mit dem Neubau dieser Autobahn die Erschließung und damit die verkehrliche Verbindung des Raumes südlich und südöstlich von Dresden und Umgebung vom Durchgangs- und Transitverkehr in die Tschechische Republik entlastet werden. Die Bauarbeiten für die Grenzbrücke sollen nach Möglichkeit im Jahre 2005 abgeschlossen sein.

II. Besonderes

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Vertrages: Bau der Grenzbrücke zum Zwecke des Zusammenschlusses der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten der Tschechischen Republik zu.

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet sowie dafür Sorge zu tragen, dass rechtzeitig Baurecht entsteht.

Artikel 4 sieht die Abnahme der Grenzbrücke durch die zuständigen Behörden der Tschechischen Republik vor; es gilt das bei öffentlichen Bauaufträgen angewendete tschechische Recht. Bei der Abnahme des Bauwerks wird die Bundesrepublik Deutschland durch ihre zuständigen Behörden vertreten.

Artikel 5 legt fest, dass die Erhaltung der Grenzbrücke die Unterhaltung, die Instandsetzung und die Erneuerung umfasst. Nach erfolgter Abnahme übernimmt die Unterhaltung der Grenzbrücke jeder Vertragsstaat auf seinem Hoheitsgebiet, die Instandsetzung und Erneuerung der gesamten Grenzbrücke die Tschechische Republik. Die Vertragsstaaten können gesonderte Vereinbarungen über Art, Umfang und Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen schließen.

Artikel 6 teilt die Kosten für den Bau der Grenzbrücke nach dem Territorialprinzip: Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten, soweit das Bauwerk auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Bei der Aufteilung der Kosten bleibt die tschechische Mehrwertsteuer, die in den Kosten enthalten ist, unberücksichtigt; diese wird allein von der Tschechischen Republik getragen. Die Bundesrepublik Deutschland ist zudem verpflichtet, der Tschechischen Republik Verwaltungskosten in Höhe von zehn vom Hundert der auf sie entfallenden Kosten zu erstatten.

Artikel 7 legt die Erstattung des von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Anteils der Zahlungen fest, die die Tschechische Republik an die Auftragnehmer leistet, und regelt das Verfahren.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau der Grenzbrücke Beschäftigten der Vertragsstaaten und Staatsangehörige anderer Staaten die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle aufhalten dürfen. Es wird festgelegt, dass die am Bau der Grenzbrücke beteiligten Arbeitnehmer den tschechischen Vorschriften für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis unterliegen.

Artikel 9 beruht auf der Erwägung und der praktischen Erfahrung, dass es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats, möglichst des planenden und bauausführenden Vertragsstaats, im gesamten Baustellenbereich und später im gesamten Grenzbrückenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Durch Artikel 9 wird ferner gewährleistet, dass zum Zwecke der Errichtung des Bauwerks ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfindet.

Artikel 10 bestimmt, dass im Trinkwassereinzugsgebiet der Trinkwassertalsperre Gottleuba zur Entwässerung der deutschen Autobahn A 17 und der tschechischen Autobahn D 8 die zum Trinkwasserschutz erforderlichen Maßnahmen beim Bau und Betrieb der Straße von den Vertragsstaaten durchzuführen sind.

Artikel 11 stellt sicher, dass der Datenschutz unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Vertrages nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 12 sieht die Bildung einer deutsch-tschechischen Gemischten Kommission vor, die die beim Bau der Grenzbrücke anfallenden bautechnischen Fragen im gegenseitigen Einvernehmen klären soll.

Artikel 13 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrages.

Artikel 14 bestimmt, dass der Vertrag durch die jeweils zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vollzogen wird.

Artikel 15 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

Artikel 16 regelt die Geltungsdauer und legt fest, unter welchen Voraussetzungen eine Änderung des Vertrages in Betracht kommen kann.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333